

ANLAGE**Vorblatt zum Frühwarndokument**

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visa im Rahmen des Fonds für integriertes Grenzmanagement
KOM-Nr.:	COM(2018) 473 final
BR-Drucksache:	287/18
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	IV 203 - 900-20/2015-4094/2018
Zielsetzung:	<p>Ziel des Vorschlages ist die Weiterentwicklung der gemeinsamen Visumpolitik sowie die Sicherstellung eines integrierten Grenzmanagements an den Außengrenzen im Hinblick auf eine Steuerung des effizienten Überschreitens der Außengrenzen.</p> <p>Der Fond soll dazu beitragen, die Zollkontrollen an den Außengrenzen einheitlicher zu gestalten. Konkret sollen:</p> <ul style="list-style-type: none">– die von einzelnen Mitgliedstaaten zur Sicherung des Raums ohne Binnengrenzen erbrachten Dienstleistungen systematischer unterstützt werden,– die Zusammenarbeit zwischen Grenz- und anderen Vollzugsbehörden gefördert und– für eine spezialisierte Ausstattung der Mitgliedstaaten, die der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache für gemeinsame Einsätze zur Verfügung gestellt wird, gesorgt werden.
Wesentlicher Inhalt:	Mit dem Instrument für Grenzmanagement und Visa soll die allgemeine Politik der EU im Bereich Außengrenzenmanagement und Visa unterstützt werden, etwa die Stärkung des integrierten europäischen Grenzmanagements, die Anschaffung von Ausrüstung für das Grenzmanagement zur Nutzung durch die Europäische Agentur für die Grenz- und

	<p>Küstenwache, die gemeinsame Visumpolitik und einschlägige IT-Systeme.</p> <p>In Kapitel I werden Gegenstand und Geltungsbereich der vorgeschlagenen Verordnung festgelegt und wichtige Begriffe bestimmt.</p> <p>In Kapitel II werden die allgemeinen Grundsätze für die Unterstützung im Rahmen der VO sowie die Modalitäten für die Mittelverwaltung bei den im Rahmen der Verordnung geförderten Maßnahmen festgelegt. Der VO-Vorschlag weist die Finanzmittel für das Instrument sowie deren Verwendung über die verschiedenen Durchführungsmodalitäten aus.</p> <p>Es gibt Bestimmungen für die Mittelverwaltung sowie für Soforthilfe, die im Wege der geteilten, direkten oder indirekten Mittelverwaltung durchgeführt werden kann.</p> <p>Der letzte Abschnitt enthält Vorschriften zu den Überwachungs-, Berichterstattungs-, Informations- und Kommunikationsanforderungen sowie zur Evaluierung.</p>
<p>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):</p>	<p>Gemäß Artikel 77 Abs. 2 des AEUV ist die Union befugt, Maßnahmen zu erlassen, die folgende Bereiche betreffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - gemeinsame Visumpolitik, - Kontrollen, denen Personen beim Überschreiten der Außengrenzen unterzogen werden, - Alle Maßnahmen, die für die schrittweise Einführung eines integrierten Grenzschutzsystems an den Außengrenzen erforderlich sind und - Nach Art. 79 Abs. 2 die Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern. <p>Der vorliegende Vorschlag bleibt im Rahmen dieser Bestimmungen. Mit ihm sollen Maßnahmen in den Bereichen gemeinsame Visumpolitik und integriertes Grenzmanagement unterstützt werden. Das Ziel, ein hohes Maß an Sicherheit in der Europäischen Union zu gewährleisten und gleichzeitig einen legalen Reiseverkehr sicherzustellen, kann nur gemeinsam auf Ebene der EU verfolgt werden.</p>

<p>Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:</p>	<p>Mit diesem Vorschlag zur Einrichtung eines (erhöhten) Fonds für die innere Sicherheit wird die europäische Dimension der polizeilichen Zusammenarbeit in Angriff genommen. Ein sicheres, vernetztes, geeintes Europa mit sicheren, funktionierenden Außengrenzen und entsprechender finanzieller Hinterlegung der jeweiligen Maßnahmen kann aus Sicht des Landes Schleswig-Holstein nur positiv bewertet werden</p> <p>Die Landespolizei Schleswig-Holstein ist fachlich und sachlich nicht unmittelbar betroffen. Grenzpolizeiliche Aufgaben werden nicht wahrgenommen.</p> <p>Ein besonderes schleswig-holsteinisches Interesse ist nicht ersichtlich.</p>
<p>Zeitplan für die Behandlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> a) nicht bekannt b) nicht bekannt c) Nicht bekannt